

Ratsarbeit soll wieder attraktiver werden

Aktualisiert: 02.07.19 05:09



±

Gemeinsame Sache: die beiden Fraktionsvorsitzenden Dietmar Busch (CDU, links) und Dietmar Stark (SPD). Foto: Nadja Lehmann

© Nadja Lehmann

Mit einem Antrag zur Gemeindeordnung wollen CDU und SPD für mehr Effizienz sorgen.

Von Nadja Lehmann

Kommunalpolitiker, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Zuhörer wissen, was gefragt ist, sobald sie sich in Radevormwald in eine Ratssitzung begeben: Sitzfleisch. Denn in den vergangenen Jahren haben die Sitzungen Ausmaße einer Wagner-Oper angenommen. Bloß ohne Musik. Und: Zwar wird an den Dienstagabenden sehr viel gesprochen und diskutiert, die Gesprächskultur aber hat, so beklagen es alle Beteiligten, kniggemäßig sehr gelitten.

Nun wollen die SPD- und die CDU-Fraktion gegensteuern und haben sich dafür für einen gemeinsamen Antrag, der auf der nächsten Ratssitzung am 9. Juli zur Abstimmung gestellt werden soll, zusammengetan. Sie plädieren für eine Änderung der Geschäftsordnung. Die hat die Verwaltung zwar bereits selbst in Angriff genommen und zur Sitzung zur Diskussion gestellt; CDU und SPD geht das aber nicht weit genug. „Es handelt sich dabei lediglich um redaktionelle Veränderungen“, sagt Dietmar Stark (SPD). Die beiden größten Fraktionen im Stadtrat aber wollen mehr – nämlich ein Regelwerk.

„Bislang darf sich jedes Ratsmitglied zu jedem Tagesordnungspunkt zehn Minuten äußern“, sagt Dietmar Busch (CDU). „Das“, ergänzt Stark, „wollen wir auf fünf Minuten reduzieren.“ Außerdem solle jedes Ratsmitglied nur noch höchstens zweimal zum selben Tagesordnungspunkt sprechen dürfen. „In den Ausschüssen bleibt es bei den zehn Minuten“,

betont Stark. Die CDU und die SPD erhofften sich so aber eine Straffung und größere Effizienz im Rat. „Es kann nicht sein, dass alles das, was bereits ausführlich im Ausschuss diskutiert wurde, nochmals im Rat wieder von ganz vorne aufgerollt wird.“

Mit dazu beitragen soll eine weitere Änderung: „Entscheidungen, die im Ausschuss einstimmig gefallen sind, soll der Bürgermeister in einer Liste zusammenfassen und darüber en bloc abstimmen lassen können“, sagt Busch. Dass man einzelne Punkte herausziehen und besprechen könne, falls Bedarf bestehe, sei selbstverständlich, betonen beide.

Nachwuchspolitiker werden so zur Mangelware

Und auch unpassendem Verhalten wollen CDU und SPD einen Riegel vorschieben. Einen diesbezüglichen Tiefpunkt erlebte der Rat im vergangenen Jahr, als Ratsmitglied Fritz Ullmann (Linkes Forum) verbal um sich schlug, den Bürgermeister in schrillen Tönen angriff und die Sitzung an den Rand des Eklats brachte. Ein- bis mehrmaliger Ausschluss mit dem entsprechendem Entzug der Aufwandsentschädigung sollen aus Sicht von CDU und SPD konsequente Folge bei einem Verstoß gegen die Sitzungsordnung sein.

„Alle Appelle an die Selbstdisziplin haben nichts gefruchtet“, bedauert Stark mit Blick auf die Ratsarbeit. Das aber wirke zunehmend unattraktiv – auf die Rader Bürger wie auch auf Nachwuchspolitiker gleichermaßen. „Wir finden ja niemanden mehr, der sich das antun möchte. Junge Leute finden Ratsarbeit nicht mehr sexy“, sagt Stark.

Busch und Stark warnen auch vor einer zunehmenden Verschleppung und Handlungsunfähigkeit. „Wir haben noch immer keinen genehmigten Haushalt. Eingebracht wurde er im Dezember“, sagen die beiden Kommunalpolitiker.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden rechnen mit kontroverser Debatte. „Die Demokratie wollen wir nicht einschränken“, betonen sie. Städte wie Wuppertal oder Hückeswagen bewiesen, dass eine effektive Ratsarbeit möglich sei – in Wuppertal unter ähnlichen Vorgaben, wie sie nun Busch und Stark vorschlagen. Juristisch haben beide ihren Antrag abklopfen lassen: Ein Verfassungsrechtler habe diesen umfassend geprüft, sagt Stark.